

1 Der SPD-Landesvorstand, der Landesparteitag sowie der Juso-Bundeskongress
2 mögen beschließen:
3

4 **Verhandlungen über Freihandelsabkommen zwischen der EU und den** 5 **USA bzw. Kanada abbrechen**

6
7 Wir fordern die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dazu auf, sich gegen
8 die geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA bzw. Ka-
9 nada auszusprechen. Die SPD soll sich in der Bundesregierung und im EU-
10 Parlament dafür einsetzen, dass die Verhandlungen abgebrochen werden.
11

12 **Begründung:**

13
14 Abkommen solcher Art sollen den Handel intensivieren. Dies nützt den Men-
15 schen jedoch nur, wenn sie auch Arbeitsplätze schaffen. Man behauptet dies
16 von TTIP und CETA und hält das für das zentrale Argument zugunsten dieser
17 Abkommen. (*USA: Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)* oder
18 auch *Trans-Atlantic Free Trade Agreement (TAFTA)*, *Kanada: CETA*)
19

20 Es gibt jedoch keine wirtschaftsunabhängigen Gutachten über die möglichen
21 Folgen des Abkommens auf andere Wirtschaftsräume (z.B. Afrika), auf regio-
22 nale Märkte und auf den Arbeitsmarkt. Die Erfahrungen mit einem seit 16 Jah-
23 ren gültigen Abkommen dieser Art, dem Freihandelsabkommen zwischen den
24 USA, Kanada und Mexiko (NAFTA), sprechen eine andere Sprache (Süddeut-
25 sche 11.11.2013). Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt waren sehr unter-
26 schiedlich. Kleinbauern in Mexiko gehörten eindeutig zu den Verlierern. Prof.
27 Scherrer (Uni Kassel) warnt vor Arbeitsplatzverlusten in Deutschland aufgrund
28 möglicher Abwanderung deutscher Firmen in die USA.
29

30 Alle übrigen Argumente sprechen gegen ein solches Abkommen mit den USA
31 (TTIP – zurzeit in Verhandlung) bzw. Kanada (CETA – schon nahezu ausgehan-
32 delt!). Sorgen bereiten

- 33 • die mangelnde Transparenz bei den Verhandlungen über das Abkom-
34 men und die fehlende Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen
35 Kräfte,
- 36 • die völlig einseitige Möglichkeit der Einflussnahme der Wirtschaftslob-
37 by auf die Verhandlungen,
- 38 • die drohende Beeinträchtigung europäischer Standards durch Anglei-
39 chung an die z.T. weit schlechteren Normen in den USA:
40 - bei den Arbeitnehmerrechten,
41 - bei Verbraucher-, Arbeits- und Datenschutz,
42 - in der Gesundheits- und der Umweltpolitik,
43 - in der Landwirtschaftspolitik, und sogar
44 - in der Kulturpolitik,
- 45 • die drohende Unmöglichkeit, einzelne Bestimmungen des Abkommens
46 nachträglich zu ändern, wenn sie sich als schädlich gegenüber den
47 Menschen erweisen, denn Unternehmen könnten daraus Schadener-
48 satzforderungen ableiten,

- 49 • die mit dem Abkommen verbundene Aushöhlung demokratischer und
50 sogar verfassungsrechtlicher Errungenschaften, denn
51 - Unternehmen können gegen die Gesetzgebung souveräner Staaten
52 klagen,
53 - darüber entscheiden private (!) Schiedsgerichte,
54 - bei Erfolg muss der Steuerzahler für angeblich entgangene Gewinne
55 zahlen.

56 All dies ist bei anderen Abkommen dieser Art bereits geschehen, z.B. klagt
57 Marlboro gegen Anti-Raucher-Gesetze in Australien und die US-Firma Leon
58 Pine gegen die Einschränkung von Fracking in Kanada.

59

60 Daraus folgt für uns:

- 61 • Errungenschaften der EU im Bereich der Sozial-, Arbeits-, Umwelt-, Ag-
62 rar-, Lebensmittel- und Gesundheitsstandards stehen über den mit
63 TTIP und CETA verbundenen Interessen.
- 64 • Verbraucherrechte und Datenschutzstandards müssen in der EU auf
65 hohem Niveau gehalten werden.
- 66 • Die hohen Anforderungen in der EU an die Produktsicherheit wie auch
67 an den Arbeitsschutz dürfen nicht herabgesetzt werden, die Standards
68 der „International Labour Organisation“ (ILO) müssen weltweit über-
69 nommen werden.
- 70 • Eine wie immer geartete private Schiedsgerichtsbarkeit (Klausel zum
71 Investorenschutz) darf niemals demokratisch und verfassungsgemäß
72 zustande gekommene Gesetze zugunsten privater Gewinninteressen
73 aushebeln. Ein Sonderklagerecht für Unternehmen und Wirtschafts-
74 verbände darf es nicht geben.

75

76 Diese Forderungen haben offenbar in den Verhandlungen, die von Wirt-
77 schaftslobbyisten dominiert und weitgehend im Geheimen durchgeführt wer-
78 den, so gut wie keine Chancen. Gewählte Volksvertreter (nicht nur Beamte der
79 EU-Kommission), Gesetzgeber und gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaf-
80 ten sind weitgehend außen vor. Deshalb sollten die Verhandlungen in dieser
81 Form beendet werden.

82 Das gilt vor allem auch für das weitgehend ausverhandelte Abkommen mit
83 Kanada, CETA. Über dieses Abkommen würden viele US-amerikanische Unter-
84 nehmen, die größere Ableger in Kanada haben, auch ohne TTIP die befürchte-
85 ten juristischen Hebel in die Hand bekommen (SPIEGEL 8/2014).

86 Wirtschaft und Handel muss sich den demokratischen Spielregeln unterwer-
87 fen. Diesen Grundsatz verteidigt die SPD seit 150 Jahren. Die Idee einer „wirt-
88 schaftsgerechten Demokratie“, die von neoliberalen Kreisen im Zusammen-
89 hang mit dem Freihandelsabkommen geäußert wird, gefährdet die in langen
90 politischen Kämpfen erworbenen Grundrechte.

91 Deshalb: Lieber kein Freihandelsabkommen, als ein Abkommen, das die Men-
92 schen durch Wegfall von Schutzbestimmungen in Gefahr bringt, den Rechts-
93 staat einschränkt und die Demokratie schwächt.